

Veröffentlichungsdatum: 21. Juni 2001

GERECHTERE UMVERTEILUNG DER AUFWENDUNGEN FÜR ASYLBEWERBER

Zusammenfassung:

Steigende Zahlen von Asylbewerbern stellen die Staaten Europas vor das Problem einer ungleichen Kostenverteilung innerhalb der verschiedenen Regionen im Inland. Deutschland und Großbritannien versuchen Abhilfe zu schaffen, indem sie einreisende Asylbewerber und somit die entstehenden Aufnahmekosten auf die einzelnen Bundesländer bzw. Regionen verteilen. Die Verteilung der Asylbewerber dient gleichzeitig dem Zweck, die durch große Konzentrationen von Asylanten in bestimmten Gebieten entstehenden sozialen Spannungen zu entschärfen, Asylbewerber abzuschrecken und - wie es in Deutschland der Fall ist - eine strengere Kontrolle über Asylbewerber auszuüben.

Eine Analyse politischer Praktiken in Deutschland und Großbritannien deutet darauf hin, dass die Methode der Verteilung einreisender Asylbewerber nicht uneingeschränkt erfolgreich beim Erreichen dieser Zielsetzungen ist:

1. Umverteilung der Kosten: Das deutsche System einer Umverteilung der finanziellen wie auch der sozialen Lasten auf der Basis der Bevölkerungsziffern der einzelnen Länder ist effektiv, verursacht jedoch für finanziell schwächere Regionen unverhältnismäßig hohe Belastungen, da die Verteilungskriterien unterschiedliche per capita Einkommen in den einzelnen Ländern unberücksichtigt lassen. In Großbritannien haben Struktur- und Implementationsprobleme bislang die beabsichtigte Entlastung des süd-östlichen Landesteils mit Hilfe der neuen Regelungen verhindert. Es ist jedoch durchaus möglich, dass es sich hier zum Teil lediglich um Anfangsprobleme handelt, die sich nach Ablauf einer Übergangsphase beheben lassen.
2. Entschärfung sozialer Spannungen: Während die Verteilungspolitik in beiden Ländern zum Abbau von Spannungen in denjenigen Gebieten beigetragen haben mag, aus denen Asylbewerber umgesiedelt werden, hat sie in den Gegenden, die diese Asylanten aufnehmen müssen, weitaus größere Spannungen verursacht.
3. Abschreckung und Kontrolle: Es war nicht nachzuweisen, dass die Verteilungspolitik eine abschreckende Wirkung hat. In Deutschland, wo die Verteilungsmethode zusammen mit Einschränkungen der Bewegungsfreiheit eingesetzt wird, könnte sie die Abschiebung von erfolglosen Bewerbern vereinfachen; es ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Härte dieser Maßnahmen sehr wahrscheinlich zum "Verschwinden" einer größeren Zahl von Asylbewerbern führt.

Weiterhin hat die Verteilung weitreichende Auswirkungen auf die Rechte und das Wohlergehen der Asylbewerber, da sie ihnen den Zugriff auf Unterstützungsleistungen der Gemeinde, Sozialleistungen und Rechtsbeistand erschwert und sie in vielen Fällen

verstärkt rassistischen Anfeindungen aussetzt. Die durch die Verteilung hervorgerufene Abschiebung der Asylbewerber an den Rand der Gesellschaft könnte auch negative Auswirkungen auf die Rassenintegration im Allgemeinen haben.

Auf der Basis der im Rahmen dieses Projekts durchgeführten Analyse stellt der Report eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen im Hinblick auf die Verteilungspolitik vor:

1. In Deutschland sollte eine Verteilung einreisender Asylbewerber auf der Basis des Einkommensgefälles zwischen den einzelnen Bundesländern, nicht aber auf der Basis von Bevölkerungszahlen, in Erwägung gezogen werden. Alternativ könnte die Regierung den Bau von Aufnahmezentren in den finanziell schwächeren Bundesländern durch öffentliche Subventionen fördern.
2. In Großbritannien sollten die Möglichkeiten einer Dezentralisierung des National Asylum Support System (NASS) und eines Ausbaus der Kompetenzen regionaler Asylkonsortien untersucht werden.
3. NASS und die Verwaltungsbehörden der deutschen Bundesländer sollten eine Verteilungspolitik entwickeln und implementieren, die die Unterbringung von Asylbewerbern in regionalen 'Gruppenansiedlungen' vorsieht.
4. In beiden Ländern wäre ein Ausbau der EU-Maßnahmen für einen finanziellen Lastenausgleich wünschenswert, beispielsweise in Form eines Fonds, der zu einer finanziellen Entlastung inländischer Regionen beim Bau von Aufnahmezentren beitragen könnte.

- ENDE -

Kontakt

Nina Frentrop, AGF, 17 Bloomsbury Square, London WC1A 2NH, UK
Tel: +44 (0)20 7404 3137 Fax: +44 (0)20 7405 2071 Email: nf@agf.org.uk
Christina Boswell, Royal Institute of International Affairs, UK
Email: christina_boswell@hotmail.com